Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 07.04.2005 um 18.15 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier
Stadträtin Dr. Endres-Paul
2. Bürgermeisterin Gold
Stadtrat Heisel
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm
Stadtrat Lux
Stadtrat Rank
Stadtrat Schardt
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger
Stadtrat Weiglein

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Ley
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt (ohne Ziffer 1 u. 3)

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner
Dipl.-Ing. Lepelmann

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. BGV Nr. 108/04

Errichtung von 2 Gerätehäusern und einer Terrasse

Fl.Nr. 4244/3, Am Steinbruch, Gmkg. Kitzingen

Antragsteller: Eheleute Schudok

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuhörerbereich)

A. Eingangs erläutert Oberbürgermeister Moser kurz den Beschluss des Verwaltungs- und Bauausschusses vom 15.03.2005 und verweist auf zwei Schreiben, die diesbezüglich als Tischvorlage den Stadträten vorliegen.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

a. SPD-Stadtratsfraktion:

2. Bgmin Gold gibt zu bedenken, dass es in der Stadt Kitzingen viele Gartenhäuser gibt, die ohne Genehmigung gebaut worden sind und man sich überlegen müsse, wie in Zukunft damit umgegangen werden soll. Ihrer Meinung nach erfährt dieses große Gebiet nun eine ordentliche Nutzung. Zudem steht das Gartenhäuschen mit der Natur im Einklang. Sie bittet daher um Zustimmung.

b. CSU-Stadtratsfraktion:

Nach der Auffassung von Stadtrat Weiglein fehlt für eine Genehmigung nach § 35 BauGB die Privilegierung des Bauwerbers. Einer Duldung kann er aufgrund möglicher Präzedenzfälle ebenso nicht zustimmen. Die Baubeseitigungsanordnung wäre hier - seiner Meinung nach - das geeignetste Mittel.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller findet, dass die Familie mit den Maßnahmen versucht, das Grundstück zu erhalten. Zudem würden die Auflagen des Landratsamtes von den Eheleuten Schudok eingehalten werden. Seiner Meinung nach, ist der Beschluss des Verwaltungs- und Bauausschusses zu bestätigen.

d. FBW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag ist der Auffassung, dass das Gartenhaus aufgrund der Grundstücksgröße genehmigungsfähig ist und man die Genehmigung erteilen sollte.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp spricht sich für die Duldung der Maßnahme unter Beachtung der Auflagen durch das Landratsamt als untere Naturschutzbehörde aus.

f. ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt spricht sich für die Duldung der Maßnahme laut dem Beschluss des Verwaltungs- und Bauausschusses aus.

C. Stadtrat Dr. Kröckel spricht sich gegen die Duldung der Maßnahme aus, da er befürchtet, dass hierdurch viele Präzedenzfälle geschaffen werden, bei denen man genauso entscheiden müsste.

Um hinsichtlich der Präzedenzfälle klare Umstände zu schaffen, sollte man laut Stadtrat Rank einen Stichtag festlegen. Demnach werden Bauten, die bis dato stehen, in Absprache mit dem Landratsamt geduldet und Anträge, die die Voraussetzungen des § 35 BauGB nicht erfüllen, nicht genehmigt.

D. Mit 24 : 4 Stimmen

Die nachträgliche bauaufsichtliche Genehmigung, zur Errichtung von 2 Gerätehäusern und einer Terrasse auf Fl.Nr. 4244/3, Am Steinbruch, Kitzingen durch die Eheleute Schudok ist wegen Verstoßes gegen die Vorgaben vom § 35 BauGB (u.a. Außenbereich) sowie die des Bay. Naturschutzgesetzes nicht zu erteilen.

Aufgrund des Beschlusses aus dem Verwaltungs- und Bauausschuss vom 15.03.2005 wird die gesamte Maßnahme geduldet. Ausgleichsmaßnahmen sind mit dem Landratsamt als unterer Naturschutzbehörde auf Kosten des Bauwerbers abzustimmen.

- E. Stadtrat Weiglein erkundigt sich über die weitere Vorgehensweise bei vergleichbaren Fällen. Aus der Analogie heraus müssten nun Maßnahmen, die nicht genehmigt worden sind, zumindest geduldet werden.
Auf die Einwände von Stadtrat Heisel hin, dass es auch Bereiche gibt, in denen die Versagung rechtmäßig ausgesprochen worden ist, fügt Stadtrat Schardt hinzu, dass ein Generalbeschluss diesbezüglich nicht gefasst werden sollte.

2. BGVNr. 91/04

Errichtung einer Doppelgarage, Fl. Nr. 3760/4, Muldenweg

Bauherr: E. Baumüller, Kitzingen

hier: Widerspruch vom 28.10.2004 gegen den Ablehnungsbescheid vom 28.09.04

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

a. SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul spricht sich für die Alternative b) – die Angelegenheit ist der Regierung von Unterfranken zur Entscheidung vorzulegen – aus.

b. CSU-Stadtratsfraktion:

Nach Auffassung von Stadtrat Weiglein, sollte die Genehmigung in Aussicht gestellt werden.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller meint, dass nach der Absprache mit dem Landratsamt und dem Bauwerber die gütliche Einigung zur Errichtung auf Stelzen erreicht wurde und demnach die Genehmigung in Aussicht zu stellen ist.

d. FBW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag spricht sich für die Genehmigung des Vorhabens aus.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK-Stadtratsgruppe kann dem Vorhaben aufgrund der Absprache mit dem Landratsamt als untere Wasserschutzbehörde zustimmen.

f. ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt ist für eine Genehmigung des Vorhabens unter Beachtung der Auflagen durch das Landratsamt.

B. Mit 7 : 22 Stimmen

Dem form- und fristgerecht eingelegten Widerspruch von Herrn E. Baumüller, Kitzingen, vom 28.10.04 (mit der geänderten Bauweise) gegen den Ablehnungsbescheid vom 28.09.04 wird wegen fortbestehender Bedenken hinsichtlich der anderslautenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 44 „Repperndorfer Mühle“ (Freihaltung Talraum, parkähnliche Gestaltung, Garagenstandorte) nicht stattgegeben.
Die Bausache ist der Regierung von Unterfranken zur Entscheidung vorzulegen.

C. Mit 22 : 7 Stimmen

Aufgrund der vorgeschlagenen Änderung der Bauweise (Stützen) wird dem Widerspruch stattgegeben.

Hinsichtlich der entgegenstehenden Festsetzung des Bebauungsplanes Nr. 44 „Repperndorfer Mühlbach“ werden Befreiungen bezüglich

- überbaubarer Flächen/Freihaltung der Talraue
- ausgewiesenen Garagenstandorten

in Aussicht gestellt.

3. BGVNr. 107/01 Tektur

Nutzungsänderung besteh. Glasgewächshaus zu Glashaus mit Nutzung für Ausstellung, Verkauf und Bewirtung sowie Gartenpavillion mit Ausschank und Sommergarten mit Bewirtung, Gartenstr. 1, Fl. Nr. 6767 sowie Fl. Nr. 6764 u. Fl. Nr. 6763/2 (gepl. Parkplatz)

Antragsteller: H. Hartner, Kitzingen

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönliche Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuschauerbereich.)

- A. Dipl. Ing. Lepelmann geht ausführlich auf das Vorhaben ein. Durch die gestellten Auflagen, kann und muss das Vorhaben in dieser Art und Weise genehmigt werden. Hinsichtlich des Parkplatzproblems schlägt Stadtrat Rank vor, die Genehmigung beschränkt auf 5 Jahre zu erteilen.
Dipl. Ing. Lepelmann gibt hier zu bedenken, dass dies nur mit Zustimmung von Herrn Hartner geschehen kann.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

a. SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul ist der Auffassung, dass Herr Hans Hartner zwar gute Arbeit leistet, die Art und Weise wie die Fälle ablaufen ist jedoch nicht immer ordnungsgemäß. Den Auflagen kann sie insoweit nicht zustimmen, da sie die Überwachung für problematisch hält. Weiterhin weist sie auf das Parkplatzproblem hin. Auch aufgrund des fehlenden Bebauungsplan kann die SPD dem Vorhaben nicht zustimmen.

b. CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein meint, dass man aufgrund dem Vorgetragenen und der Einhaltung der Auflagen dem Vorhaben zustimmen müsste. Als Problem sieht er den zu erstellenden Bebauungsplan und die Lösung mit den Parkplätzen an. Falls es gelingt, die Nutzung der Parkplätze auf 5 Jahre zu beschränken, kann er dem Vorhaben zustimmen.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Nach der Auffassung von Stadtrat Müller ist dem Vorhaben eine Zusage zu erteilen, da die gesetzlichen Grenzen eingehalten werden.

d. FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter spricht sich für die Genehmigung aus. Die Fraktion wird jedoch getrennt abstimmen.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp ist der Meinung, dass Herr Hartner bekräftigt durch die Auflagen die gesetzlichen Grenzen zwar einhält, jedoch werden die gestellten Auflagen von Herrn Hartner erfahrungsgemäß nicht eingehalten. Daher kann er dem Vorhaben nicht zustimmen.

f. ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt schließt sich soweit ihrem Vorredner an. Sie hat ihre Bedenken bei der Lärmbelästigung für die Nachbarn und der Parkplatzlösung.

C. Mit 16 : 12 Stimmen

Die bauaufsichtliche Genehmigung zur Nutzungsänderung des bestehenden Glasgewächshauses zum Glashaus mit Nutzung für Ausstellung, Verkauf und Bewirtung sowie Gartenpavillion mit Ausschank und Sommergarten mit Bewirtung (Tektur), auf dem Grundstück Gartenstr. 1, Fl. Nr. 6767 sowie Fl. Nr. 6764 u. Fl. Nr. 6763/2 (gepl. Parkplatz) durch Herrn Hartner ist nach Abschluss des Verfahrens unter Erteilung entsprechender Auflagen (s. Sachvortrag) zu erteilen. Die Parkplatznutzung ist beschränkt auf 5 Jahre festzulegen.

4. Vollzug des Denkmalschutzgesetzes

Denkmalliste der Stadt Kitzingen

Hier: 1. Unterschutzstellung „Mainstockheimer Str. 1, Fl.Nr. 91, Gmkg. KT
Stellungnahme der Stadt Kitzingen

Mit 28 : 1 Stimmen

Die Stadt Kitzingen stimmt der Unterschutzstellung des Anwesens Mainstockheimer Str. 1, Fl.Nr. 91, Gmkg. KT gem. Art. 1 DSchG nicht zu.

5. Vollzug des Denkmalschutzgesetzes

Denkmalliste der Stadt Kitzingen

Hier: 2. Unterschutzstellung „Mainstockheimer Str. 3, Fl.Nr. 88, Gmkg. KT
Stellungnahme der Stadt Kitzingen

Mit 28 : 1 Stimmen

Die Stadt Kitzingen stimmt der Unterschutzstellung des Anwesens Mainstockheimer Str. 3, Fl.Nr. 88, Gmkg. KT gem. Art. 1 DSchG nicht zu.

6. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen
Jahresabschluss 2004

Mit 29 : 0 Stimmen

Von den Abschlussergebnissen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts 2004 der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen wird Kenntnis genommen:

Verwaltungshaushalt	
Einnahmen und Ausgaben	45.814,41 €
Vermögenshaushalt	
Einnahmen und Ausgaben	<u>44.745,35 €</u>
	<u>90.559,76 €</u>
Zuführung zum Vermögenshaushalt	28.179,49 €
Auszahlung an die Caritas zur zweckentsprechenden Verwendung, zusätzlich zu dem bereits gewährten Aufwendungszuschuss in Höhe von 16.481,50 €	<u>500,00 €</u>
Aufstockung des Stiftungsvermögens	<u>27.679,49 €</u>

7. Abgabe von Parkgutscheinen:
Übernahme der Druckkosten durch die Stadt Kitzingen

Mit 16 : 13 Stimmen

Dem Antrag des Stadtmarketingvereins, die Druckkosten für die Parkgutscheine zu übernehmen, wird nicht zugestimmt.

8. Durchführung einer Veranstaltung:
1. „OSSI“ – Fete in Kitzingen:
Ausnahme von der Lärmschutzverordnung

- A. Amtsrat Hartner geht stellvertretend für Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel kurz auf den Sachverhalt ein.
Auf die Frage von Stadtrat Müller, wer Veranstalter der „Ossi“-Fete hinsichtlich der Haftung ist, antwortet Herr Bernd Beyer, dass er selbst als Privatperson Veranstalter sein wird.
Stadtrat Mahlmeister weist darauf hin, dass an diesem Abend ein Kabarettabend in der Alten Synagoge stattfinden wird und er Störungen durch die „Ossi“-Fete befürchtet.
Oberbürgermeister Moser meint, dass durch entsprechende Regulierung der Musik, die Veranstaltung in der Alten Synagoge nicht gestört wird.

B. Mit 17 : 12 Stimmen

Die Veranstaltung der 1. „OSSI“ Fete in Kitzingen wird bis 22.00 Uhr zugestimmt. Die Auflagen werden im Sinne der Veranstaltung „Höhn“ im vergangenen Jahr erfolgen. Die Veranstaltung in der Alten Synagoge zu diesem Zeitpunkt darf nicht gestört werden. Eine Ausnahme von der Lärmschutzverordnung wird nur insoweit erteilt, als mit den Anwohnern Einvernehmen hergestellt ist.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 19.50 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführer
gez.
Müller